

Zur jüngst losgetretenen Debatte um die mögliche Umwidmung von Landschaftsschutzgebieten in Bauland nimmt die SPD Haarzopf/Fulerum wie folgt Stellung:

"Seit Jahren steht unserer Ortsverein kontinuierlich dafür ein, dass eine städtebauliche Entwicklung in Haarzopf und Fulerum ohne einen unnötigen Eingriff in das Landschaftsbild erfolgen sollte. Initiativen zur Grünflächenversiegelung, wie die immer wieder ins Gespräch gebrachte Bebauung am Spielkampsweg oder entlang der A52, wurden von uns daher stets abgelehnt. Stattdessen haben wir uns dafür eingesetzt, dass ein maßvoller Lückenschluss stattfindet oder eine Bebauung von Flächen priorisiert wird, die bereits über Baurecht verfügen.", so Mathias Collet, Vorsitzender der SPD Haarzopf/Fulerum.

Der Ortsverein hat sich intensiv mit den aus dem Bürgerforum der Stadt Essen hervorgegangenen Potenzialflächen für eine Bebauung auseinandergesetzt. Dabei ist aufgefallen, dass diese weder mit den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort übereinstimmen, noch einer kritischen Umweltprüfung standhalten. Für uns ist klar, dass Landschaftsschutzgebiete und Regionale Grünzüge nicht als Ersatzflächen für eine Wohnbauentwicklung betrachtet werden dürfen.

Der Kandidat des Ortsvereins für den Rat der Stadt Essen, Philipp Rosenau, fügt hinzu: "Wir sprechen uns daher dafür aus, dass in der Stadt Essen ein Innenentwicklungsmanagement institutionalisiert wird, welches die Möglichkeit der Baulückenschließung und Brachflächennachnutzung prüft und verfolgt. Ein kürzlich im Auftrag der Stadt erstelltes Gutachten sieht darin und in der Einrichtung eines Baulückenkatasters enorme Potenziale für die Wohnbauentwicklung in Essen und bescheinigt hier deutlichen Nachholbedarf. Bevor solche Schritte nicht eingeleitet sind, halten wir es für töricht, in öffentlichen Debatten

einen vermeintlichen Notstand und Alternativlosigkeit zu propagieren, um damit falsche Entscheidungen zu legitimieren. Mit uns wird es keine Versiegelung von Landschaftsschutzgebieten geben."

Unterstützung erhält der Ortsverein dabei auch von der örtlichen Bezirksvertretung. Dazu Jutta Krämer, Bezirksvertreterin der SPD für Haarzopf und Fulerum: "Als Bezirksvertretung haben wir uns bereits im Juni mit den betroffenen Flächen befasst und sind zu der Erkenntnis gelangt, dass dort eine Bebauung auf keinen Fall stattfinden darf. Die Umweltauswirkungen einer Bebauung an diesen sehr sensiblen Stellen wären unwiderruflich und fahrlässig den zukünftigen Generationen gegenüber."

Dennoch ist sich die SPD Haarzopf/Fulerum der angespannten Lage am Wohnungsmarkt bewusst und hat daher auch schon in der Vergangenheit immer wieder auf eine falsche Prioritätensetzung bei der Wohnbauentwicklung hingewiesen. Alle Untersuchungen zeigen, dass vor allem im unteren Marktsegment ein enormer Bedarf besteht. Dieser wird mit der bisherigen Städtebaupolitik in Haarzopf und Fulerum nicht befriedigt werden können. Daher muss über eine grundlegende Veränderung in der Stadtplanung nachgedacht werden. Eigentumswohnungen jenseits von 3000 €/Quadratmeter und Neubaukaltmieten von 12 €, wie sie bei uns in jüngster Zeit üblich sind, lösen das zum Teil drängende Wohnraumproblem aus unserer Sicht nicht.